

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 10. Oktober 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 116.

Das Ergebnis der Tarifrevision.

Am 7. Oktober, nachmittags 3 $\frac{1}{4}$ Uhr, erreichten die Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifs ihr Ende. Dreizehn Tage lang saßen die Vertreter der Prinzipalität und der Gehilfenschaft beieinander, um in ersten, anstrengenden Beratungen für ihre Mandanten das zu erreichen, was nach dem Interessenstandpunkte jeder Partei als berechtigt anzusehen ist. Daß die Meinungen darüber oftmals weit auseinandergingen, läßt sich verstehen, und wenn beide Teile ihre vorgebrachten Gründe mit Hartnäckigkeit verfolgten, so ist das ein Beweis, wie ernsthaft die Prinzipals- und die Gehilfenvertreter bestrebt waren, den vielen Wünschen ihrer Kreise gerecht zu werden. Aber darüber hinaus bewegte doch alle Teilnehmer an den Tarifverhandlungen der Gedanke, inwieweit die Realisierung der vorliegenden zahlreichen Anträge die weitere Entwicklung oder gar den Fortbestand der Tarifgemeinschaft beeinflussen und welche Wirkung so mancher der zu fassenden Beschlüsse auf das Gewerbe und in der Öffentlichkeit haben würde.

Es ist ja hinreichend bekannt, welche Gegnerschaft unser Tarif im Laufe der Zeit gefunden hat und welche Bestimmungen es im besondern sind, die ihm viele Angriffe eingetragen haben. Während der Tarifverhandlungen konnte man diese Anschauungen einmal persönlich vernehmen. Was da von der Vertretung des Verlagsbuchhandels und des Zeitungsverlags über die „Hemmung des technischen Fortschritts“ oder die „Fesselung der Maschine“ durch den Tarif vorgetragen wurde, ist allgemeine Anschauung der Industriellen. Aus dem Munde der Vertreter dieser Verlegergruppen hörte man aber noch andre Klagen, so daß, wenn der neue Tarif nach diesem Gesichtskreis umgestaltet worden wäre, er die speziellen Interessen dieser Geschäftszweige in einer Weise berücksichtigen würde, daß von der Wahrnehmung der Allgemeininteressen des Gewerbes wenig oder nichts mehr im Tarife zu entdecken gewesen wäre.

Daß diese Stellungnahme auf Verlegerseite die Tarifverhandlungen von 1911 erschweren würde, damit war von vornherein zu rechnen; nicht aber war anzunehmen, daß dadurch ein gedeihlicher Verlauf der Beratungen direkt gefährdet werden könnte. Und doch war dies zweimal der Fall. Wenn trotz dieser kritischen Situationen, in denen die Gemüter erhitzt und die Auseinandersetzungen von größerer Schärfe waren, ein Abbruch der Verhandlungen vermieden werden konnte, ja sogar die Vorschläge der Einigungskommission in den strittigsten Punkten mit 32 gegen 2 Prinzipalsstimmen bei geheimer Abstimmung Annahme fanden, so will das viel besagen. Nämlich: erstens, daß gedachte Einwirkungen Abweisung fanden; daß die Gehilfen aber hinsichtlich der Segmaschinen Konzeptionen machen mußten, um nicht dem Vorwurf des Aufhaltens der maschinellen Entwicklung bei der öffentlichen Meinung ausgesetzt zu sein; und daß drittens die Prinzipale nunmehr in ihren Zugeständnissen ein Erleichterndes weitergingen, als vordem der Wille bei ihnen dazu bestand. Das Gesamtergebnis der Tarifrevision von 1911 kann und muß angeichts dieser besonderen Schwierigkeiten befriedigen.

Wenn es also gelungen ist, alle diese Klippen zu umschiffen und mit einem Resultate vor die Kollegenschaft treten zu können, das angesichts der ganzen Verhältnisse und der obwaltenden Umstände das äußerst Erreichbare darstellt, und dieses Erreichte in seinem materiellen Teil über das Ergebnis von 1906 noch hinausgeht, so ist es nicht zulezt der sogenannten Einigungskommission zu danken, die in einer nicht geringen Zahl von bis in die Nacht ausgedehnten Sitzungen einer Verständigung im Plenum die Wege ebnete. Unzweifelhaft hat auch Geheimrat Bügenstein durch seine souveräne Beherrschung des ganzen Tarifwesens, durch sein großes Talent als Verhandlungsleiter sowie durch das von wärmstem Empfinden für die Tarifgemeinschaft diktierte Zureden bei beiden Parteien oftmals einen Weg aus dem Holze gefunden. Auch die Kollegen Döblin und Schliebs wußten in brenzlichen Situationen geschickt eine Brücke zu schlagen, die sich als gangbar erwies. Daß nicht selten erst durch Sonderbesprechungen beider Parteien der Fortgang der Verhandlungen gerettet werden konnte, soll ebenfalls nicht unerwähnt bleiben. Alles in allem: Die diesmaligen Tarifverhandlungen stellen an Schwierigkeiten und Anstrengungen alles in den Schatten, was je bei den Revisionen unseres Gewerbegesetzes in die Erscheinung getreten ist. Das muß sehr wohl gewürdigt werden, und das Gesamtergebnis ist ja zu werten, wenn im einzelnen dieser oder jener Beschluß bei einigen oder bei einzelnen Teilen der Kollegenschaft weniger freudig aufgenommen wird.

Da die zweite Lesung, d. h. die endgültige Entscheidung über die gestellten Anträge, erst zu einem Zeitpunkte erfolgte, als für diese Nummer bereits Redaktionsbeschluß eingetreten war, so kann augenblicklich nur in großen Umrissen ein Bild von dem neuen Tarif entrollt werden. In weiteren Artikeln werden die notwendigen Ergänzungen folgen, auch gelangt ja noch ein Beschlußprotokoll zur Veröffentlichung. Die Ausarbeitung des neuen Tarifs aber wird diesmal längere Zeit in Anspruch nehmen, da der bisherige Kommentar zu einem wesentlichen Teil in den Tarif übernommen werden wird, um alle wichtigen Bestimmungen tarifliches Gesetz werden zu lassen. Gewisse Erfahrungen prozessualer und anderer Natur haben nämlich gelehrt, daß dem Kommentare der Charakter bindenden Rechts abgesprochen worden ist. Dem mußte ein Kiegel vorgeschoben werden.

Was die materiellen Aufbesserungen anbelangt, so wurden die Staffelsätze in § 4 bei deutscher und englischer Arbeitszeit erhöht in Klasse A von 23 auf 25 Mk., in Klasse B von 24 auf 26 Mk. und in Klasse C von 25 auf 27,50 Mk. Da über 80 Proz. aller Gehilfen ihrem Alter nach der Klasse C angehören, so beträgt die Lohnerrhöhung 10 Proz., wozu noch der Lokalaufschlagsanteil kommt. Dir im ersten Gehilfenjahre Stehenden wurden von 1 $\frac{1}{2}$ auf 19,50 Mk. aufgebessert. Für die wenige Gehilfen, die noch Kost und Logis beim Prinzipale haben, wurde der Lohnsatz von 11,50 auf 12,50 Mk. erhöht.

Die Grundpositionen für die berechnenden Handwerker erfahren eine Aufbesserung von rund 1 $\frac{1}{2}$ Proz. Bei Fahnenlag wird fortan das volle Umbrückgeld gezahlt.

Ein ganz bedeutender Fortschritt wurde in der Lokalaufschlagsfrage erzielt. Bislang bestanden auf diesem Gebiete, wie von beiden Seiten nicht bestritten werden konnte, große Ungerechtigkeiten. Die Erledigung der Lokalaufschläge in den Kreisämtern war nicht immer zufriedenstellend, es hat dieserhalb mancherlei Differenzen gegeben. Die Neuordnung dieser Angelegenheit erfolgte nach der Einteilung der Orte, wie sie im Reichsbeamtenbesoldungsgesetz entsprechend den Wohnungs- und den sonstigen örtlichen Verhältnissen vorgesehen ist. Dadurch erfahren 211 Druckorte eine Erhöhung des Lokalaufschlags um durchschnittlich 2 $\frac{1}{2}$ Proz. während 253 Orte mit einem Zuschlag im gleichen Durchschnittssatze belegt wurden.

Außerdem wurden für elf Badeorte sogenannte Saisonzuschläge festgesetzt. Da auf beiden Seiten die Schwierigkeiten dieser umfassenden Neuordnung nicht verkannt werden konnten, die Nützlichkeit dieses neuen Systems aber im Interesse eines Ausgleichs der Feuerungs- und der Konkurrenzverhältnisse allgemein eingesehen wurde, so setzte der Tarifausschuß als Einführungsstermin für die Druckorte mit im Jahresdurchschnitt unter 30 Gehilfen den 1. Oktober 1913 fest. Alle übrigen Veränderungen der Lokalaufschläge treten am 1. Januar 1912, dem Einführungsstermin des revidierten Tarifs, in Kraft. Es muß bei dieser nur stützenhaften Beleuchtung des Ergebnisses der diesmaligen Tarifrevision schon betont und anerkannt werden, daß die Vertreter beider Parteien hier einen Weg beschritten haben, der zwar nicht so einfach ist und an beide Teile große Anforderungen hinsichtlich der Durchführbarkeit stellen wird, der aber unbedingt als im Interesse des Gewerbes gelegen bezeichnet werden muß.

Wie bereits im Jahre 1906 geschah, so soll denjenigen Gehilfen, die bis zu 3 Mk. über das Lohnminimum ihrer Altersklasse erhalten, die entsprechende Aufbesserung zuteil werden. Für die darüber hinaus entlohten Gehilfen erwartet abermals die Prinzipalsorganisation von ihren Mitgliedern die Gewährung einer angemessenen Lohnzulage.

Konnten auch laut gewordene Wünsche der Gehilfen hinsichtlich einer Kontingentierung der Überstunden nicht Erfüllung finden, so war man doch auch auf Prinzipalsseite bereit, dem Überstundenwesen nach Möglichkeit zu steuern. Das wurde dadurch zum Ausdruck gebracht, indem im § 6 die Vertragschädigung für längere als elfstündige Arbeitszeit auf 10 Pf. statt 5 Pf. festgesetzt wurde.

Die Frage der Arbeitszeitverlängerung war einer der umstrittensten Punkte. Stellten sich auch manche der von Prinzipalsseite eingereichten Anträge in der Diskussion als nicht so bedenklich oder schlecht formuliert heraus, so gab es hier langandauernde Debatten, in denen sich besonders der Widerstand von Verlegerseite geltend machte. Es ist ja auch eine gegebene Tatsache, daß alle andern Gewerkschaften in dieser Frage ebenfalls auf den hartnäckigsten Widerstand der Unternehmer stoßen. Die Gehilfenvertreter hätten nach dieser Richtung wohl auch etwas mehr herauszuschlagen können, wenn sie hinsichtlich der Lohnforderungen in einem Nachlaß gewilligt hätten. Aber das konnten sie nicht, denn die Feuerungsverhältnisse sind derart, daß der Allgemeinheit hier nach aller Möglichkeit

aufgeholfen werden mußte. Prinzipalseitig wurde gar kein Gehl daraus gemacht, daß wenn alle Lebensmittel nicht eine so enorme Steigerung — deren Höhe zum Teil trotzdem noch entschieden bestritten wurde — erfahren hätten, sie absolut nicht zu den materiellen Zugeständnissen bereit wären wie geschaffen. Die Gehilfenvertretung mußte aber hier das Hauptgewicht darauf legen und beschied sich, nachdem alle Versuche, in puncto Arbeitszeitverkürzung mehr zu erreichen, vergeblich waren, mit einer Beschränkung der deutschen Arbeitszeit auf wöchentlich 58 Stunden. Die Kollegenchaft mag daran erkennen, daß die Arbeitszeitverkürzung eine der aller schwierigsten Fragen ist, die noch schwieriger wird, je weiter die maschinelle Entwicklung ihren Gang nimmt. Vor zwanzig Jahren setzten wir mit der Forderung auf Arbeitszeitverkürzung alles auf eine Karte. Wir haben es getan, aber der Ausgang riet uns, in dieser Frage vorsichtig zu sein, zudem es an Lehrreichen Beispielen in andern Gewerben auch nicht fehlt. Unter allen Umständen ist aber anzuerkennen, daß kein zweites Gewerbe durchweg eine weniger als neunstündige Arbeitszeit hat.

Die Lehrlingskala etwas mehr den heutigen, namentlich durch die Einführung der Segmaschine hervorgerufenen Verhältnissen anzupassen, war das Bestreben der Gehilfenchaft bereits bei den letzten Tarifrevisionen. Aber was bisher nicht gelang, konnte diesmal zum Teil in Erfüllung gehen. Wenn auch die für die größeren Druckereien getroffene Begrenzung, daß bei den Setzern auf nach 30 Gehilfen erst auf je weitere 9 (bisher 8) ein Setzerlehrling und bei den Druckern auf nach 20 erst auf je weitere 7 (6) ein Druckerlehrling mehr kommen soll, nicht allzu sehr in die Waagschale fällt, so ist die im dritten Absatz zum § 13 vorgenommene Änderung, daß fortan erst im letzten Lehrjahre statt in den letzten zwei Jahren bei der ersten Staffel (ein Lehrling) ein zweiter Lehrling gehalten werden kann, von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die kleineren Druckereien leisteten in der Lehrlingsausbildung seither quantitativ mehr, als sie qualitativ im allgemeinen zu bieten vermochten. Hier den notwendigen Ausgleich geschaffen zu haben, ist unstreitig ein Erfolg der diesmaligen Tarifrevision.

Nebenher geht noch eine ganze Reihe von Verbesserungen und Veränderungen, auf die erst im weiteren eingegangen werden kann. Jedenfalls sind in dieser Beziehung noch mancherlei Erfolge zu buchen.

Wie schon einleitend bemerkt, setzte es den härtesten Strauß bei den Bestimmungen für den Maschinenfabrik. Hier wäre der Casus belli gegeben gewesen, und die in Karlsruhe und Hamburg eingerichteten Segmaschinenfabriken waren ein äußeres Zeichen für den Ernst der Situation. Sie werden nunmehr, nachdem der Friede im Gewerbe gesichert ist, wieder von der Bildfläche verschwinden. Auch die bekannte Reformfrage in Leipzig, die nicht mit den Prinzipalansprüchen zur Segmaschinenfabrik im Zusammenhange steht, sondern auf einen erst später mit der Monotypfabrik ausgebrochenen Konflikt des Deutschen Buchdruckervereins in Sachen des Druckpreistarifs zurückzuführen ist, gehört nunmehr zu den erledigten Sachen, wenn auch das Urteil über die Reformfrage dadurch in der Kollegenchaft kein andres werden wird.

Das Bestreben der Prinzipalität, in entschärfender Weise von Verlagsseite unterstützt, ging dahin, auch für den Wertmaschinenfabrik das Berechnen freizubekommen. Nachdem dies vor fünf Jahren für die Zeitungsmaschinen zugestanden werden mußte und trotzdem nur in 40 Fällen davon Gebrauch gemacht wurde, konnten es die Gehilfenvertreter hier nicht auf eine Machtprobe antommen lassen, sie hätten damit auch nicht in der Öffentlichkeit bestehen können. Auch bezüglich der Arbeitszeitfestsetzung lagen die Dinge ebenso diffizil. Alles wurde aufgegeben von unsrer Seite, und wenn es endlich gelang, den Monotypfabrik als Segmaschinenfabrik zur Anerkennung zu bringen und die beabsichtigte Schlechterstellung der Maschinenfabrikkollegen um 5 Proz. bei der Lohnerhöhung zu verhindern, so daß sie nun ebenfalls 10 Proz. Auf-

besserung erhalten, so ist das uns abgerungerte Zugeständnis einer effektiv achtstündigen Arbeitszeit für Zeitung und Wertfabrik ausschließlich Puzzeit sowie einer höheren Leistungsziffer an der Linotype (6400 Buchstaben) und am Typograph (4500) vom zweiten Jahre der Tätigkeit als Maschinenfabrik an nur als eine *Conditio sine qua non* anzusehen, ohne die eben ein friedlicher Abschluß der Tarifverhandlungen nicht möglich gewesen wäre. Ist es noch eine offene Frage, inwieweit von dem Berechnen beim Maschinenfabrik sowie von der vollen Ausnützung einer halben Stunde für die Puzzeit Gebrauch gemacht werden wird, so darf die Organisation von ihren Maschinenfabrikmitgliedern wohl erwarten, daß sie — 3898 Mann — dieses Opfer im Interesse der 60000 und mehr Gehilfen ausmachenden Allgemeinheit zu bringen bereit sind. Unsere Maschinenfabrikkollegen haben seither genossen und genießen auch in Zukunft noch eine bevorzugte Stellung in der Gehilfenchaft, darum muß es auch für sie heißen: *Noblesse oblige!* Nicht ein Gehilfenvertreter hätte einen gerade in seinen für die Sparten mit unabsehbaren Folgen verknüpften Kampf verantworten können.

Für die Drucker, die Stereotypen und Galvanoplastiker sowie die Korrektoren traten entweder keine oder nur geringfügige Änderungen ein, auf die wir noch zu sprechen kommen.

Eine Sache für sich bildete die sogenannte Anerkennung des Gutenberghundes. Wir enthalten uns vorderhand weiterer Auslassungen darüber und konstatieren daher nur, daß der Gutenberghund, dessen Vorsitzender als Gast den Tarifverhandlungen beimohnte, eine Ausnahme in alle Tarifinstanzen erhofft hatte, während die Prinzipalität — allerdings nicht einmütig — ihm nur Sitz und Stimme im Tarifausschuß gewähren wollte. Nach wiederholter Debatte zogen die Prinzipale ihren Antrag zurück. Die Gehilfenvertretung ihrerseits hatte erklärt, daß sie gegen den bisherigen Zustand der Anbörderung einer Vertretung des Gutenberghundes in den diese Vereinigung von Gehilfen betreffenden Verhandlungen des Tarifamts nichts einzuwenden habe.

Als in den Nachmittagsstunden des 7. Oktober die zweite Sitzung des neuen Tarifs mit einstimmiger En bloc-Annahme geendigt hatte und der ob seiner außerordentlichen Verdienste um die Tarifgemeinschaft und um das Zustandekommen des neuen Tarifs in vollster Übereinstimmung beider Parteien zum Präsidenten der Tarifgemeinschaft der deutsche Buchdrucker ernannte Geheimrat Hüngenstein in einem glänzenden, mehrmals von tiefer Bewegung durchzitterten Schlußwort auf die aufreißenden, trotz vieler gegenfälliger Anschauungen aber von einem guten Geist und großer Sachlichkeit getragenen dreizehntägigen Beratungen einen großzügigen Rückblick geworfen hatte, da lebte in jedem Teilnehmer das erhebende Bewußtsein, an einem Werke mitgeholfen zu haben, daß wenn Überzeugung und objektive Würdigung in der deutschen Buchdruckerschaft noch eine Heimstätte haben, nicht anders als eine Grobtat bezeichnet werden kann. Wir hoffen und erwarten daher, daß die von dem Tarifausschuß in den Tagen vom 25. September bis 7. Oktober geleistete aufopfernde Arbeit ein großes Geschlecht finden wird!

Kampf und Erfolg der freien Gewerkschaften.

(Schluß aus Nr. 115.)

Als Resultat dieses umfangreichen gewerkschaftlichen Kampfes ergibt sich auch für das Jahr 1910 wie für die Vorjahre, daß der größte Teil der Erwerbslosen, gleichviel ob es sich um Arbeitszeitverkürzung und Lohn- oder Lohnerhöhung oder um die Abwehr von Arbeitszeitverlängerung oder Lohnerhöhung handelt, auf die ohne Arbeits-einstellung verlaufenden Bewegungen entfällt. Daß dieses nicht auf ein größeres Entgegenkommen der Unternehmer zurückzuführen, sondern allein dem Umstande zu danken ist, daß die Gewerkschaften größer und leistungsfähiger geworden sind, bedarf für die Arbeiterchaft keines besonderen Nachweises. Zwar ist die Zahl der Personen, die durch Arbeits-einstellung eine Arbeitszeitverkürzung erreichen, mit 142535 weit höher als in einem der fünf vorhergehenden Jahre, doch erstellten 202035 Personen eine solche, ohne in einen Streik eintreten zu müssen. Die letzteren erreichten insgesamt eine Verringerung der

Arbeitszeit um 481873, die ersteren um 274691 Stunden pro Woche. Lohnerhöhung wurde für 438649 Personen von insgesamt 800495 M. pro Woche ohne Arbeits-einstellung erzielt, während 388978 Personen insgesamt 1015042 M. mehr Lohn pro Woche mit Arbeits-einstellung errangen. Demgegenüber fällt die mit und ohne Arbeits-einstellung abgewehrte Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung nicht wesentlich ins Gewicht, doch ist auch sie als eine Erwerbslosigkeit der Organisationen hervorzuheben. Für die an diesen Kämpfen Beteiligten ist die erfolgreiche Abwehr der Anforderungen der Unternehmer von größter Bedeutung, wenn das Ergebnis auch das Gesamtergebnis des durch die wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1910 Erzwungenen nicht wesentlich beeinflusst. Es sei noch besonders hervorzuheben, daß als Resultat von Ausperrungen für 90217 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt 162386 Stunden pro Woche und für 298711 Ausgesperrte eine Lohnerhöhung von zusammen 845182 M. pro Woche im Jahre 1910 zu verzeichnen ist.

Die Ausgaben für die Kämpfe des Berichtsjahrs belaufen sich auf 18457796 M. Hieron entfallen auf die Angriffsstreiks 5000617 M., die Abwehrstreiks 843296 M. und die Ausperrungen 11992647 M. Von den Gesamtausgaben wurden 17346480 M. oder 94 Proz. aus den Kassen der Gewerkschaften gedeckt. Diese Summe ist wesentlich niedriger als die in der Gewerkschaftsstatistik als Streikausgabe der Verbände angegebene. Hier werden 19068972 M. als Ausgabe für Streiks im Beruf und 534693 M. für Streiks in andern Berufen verzeichnet. Die Differenz erklärt sich daraus, daß die Berichte über die Streiks schon im Anfang eines jeden Jahres, mitfin vor Aufstellung der Jahresabrechnung, an die Generalkommission eingesandt werden. In diesen Berichten geben die Zweigvereine der Verbände vielfach nur die reinen Streikausgaben, d. h. die für Unter-stützung ausgegebenen Summen an, während die Ausgaben für Drucksachen, Fernhalten des Zugangs, Delegation zu den Verhandlungen usw. erst bei Abschluß der Jahresrechnung für die betreffenden Streiks verzeichnet werden. Die Ausgaben für die wirtschaftlichen Kämpfe sind im letzten Jahrzehnte fast ausschließlich aus den Kassen der Gewerkschaften gedeckt worden. In den ersten Jahren nach Aushebung des Sozialistengesetzes war es nur ein kleiner Teil der Streikkosten, der aus den Mitteln der Organisationen gezahlt werden konnte, der größere Teil wurde durch Sammlungen aufgebracht. In den folgenden fünf Jahren kamen nur 24—43 Proz. der Streikausgaben aus den Gewerkschaftskassen, obgleich es sich in jenen Jahren nur um Gesamtausgaben von 48000 bis 424000 M. handelte. Diese Erscheinung ist für den, dem die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland bekannt ist, nicht auffallend. Es zeigte sich in jener Zeit noch eine starke Opposition gegen hohe Verbandsträge. In der Gewerkschaften selbst. Man glaubte durch niedrigere Beiträge die Arbeitermassen zu den Gewerkschaften heranziehen und dann ohne große Mittel Streiks erfolgreich durchführen zu können. Auch die Nachwirkung des Sozialistengesetzes machte sich hier noch geltend. Während des Gesetzes drohte den Gewerkschaften ständig die Gefahr der Auflösung und der Konfiskation ihres Vermögens durch die Polizeibehörde. Es war deswegen wenig Neigung vorhanden, größere Vermögensbestände anzusammeln. Erst nachdem die Gewerkschaften den Boden wiedergewonnen hatten, von dem sie durch das Sozialistengesetz abgedrängt waren, erst nachdem sie wieder begannen, die Unterstützungseinrichtungen auszubauen, standen größere Mittel für die wirtschaftlichen Kämpfe zur Verfügung und kamen die Verbände in die Lage, nicht bei jedem größeren Streik an das Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft appellieren und die Streikausgaben durch Sammlungen decken zu müssen. Seit dem Jahre 1897 wird der größte Teil der Streikausgaben, nämlich 62—99,6 Proz., aus den Verbandskassen gedeckt. In den letzten Jahren haben die Verbände fast nur aus eignen Mitteln die Streiks geführt. Nur wenn besonders große Bewegungen zu vergleichen sind, deren Durchführung über die Kräfte auch der finanziell gut ausgerüsteten Organisationen geht, wird heute noch die Hilfe der Allgemeinheit in Anspruch genommen. So war dies bei dem Streik der Bergarbeiter 1905 und bei der Bauarbeiterausperrung 1910 erforderlich.

Daß die Ausgaben bei großen Streiks und Ausperrungen nicht aus den Kassenbeständen oder der laufenden Beiträge der Mitglieder gedeckt werden können, ist erklärlich. Es zeigte sich dies besonders im letzten Jahre. Die Organisationen sind genötigt, von den Mitgliedern in solchen Fällen Entschlüsse zu fordern und es läßt sich konstatieren, daß diesen Anforderungen willig Folge gegeben wird. Im Jahre 1910 wurden an Extra-beiträgen, von den Zentralvorständen ausgeschrieben, 4388400 M. und an Beiträgen der arbeitenden Mitglieder in Streikorten 521800 M. aufgebracht. Das sind Summen, die höher sind als die Jahreseinnahmen der gesamten Gewerkschaften in den Jahren 1891—1897, denn erst mit dem Jahre 1898 übersteigt die Gesamtjahreseinnahme der Verbände 5 Millionen Mark. Das ist die erfreulichste Seite der Wirkung der Ausperrungen. Die Gewerkschaftsmitglieder haben nicht nur erkannt, daß es notwendig ist, während eines Kampfes größere finanzielle Opfer zu bringen, sondern daß nur eine ständige höhere Beitragsleistung die Gewerkschaften in den Stand setzen kann, den Angriffen der Unternehmer gewachsen zu sein oder selbst zum erfolgreichen Angriff übergehen zu können. Nicht sich auch mit Benützung feststellen, daß die Gewerkschaften nach dieser Richtung hin enorme Fortschritte gemacht haben, so dürfen sie doch nicht aus-

nehmen, daß in dem heutigen Stande der Organisationen das Höchste erreicht sei. Es werden noch größere Anforderungen an die organisierte Arbeiterschaft gestellt werden müssen, denn, wie bereits bemerkt, scheint die Taktik der Unternehmerorganisationen darauf gerichtet zu sein, immer größere Massenauspersungen herbeizuführen. Auch diese Kampfmethode wird einmal aufhören und schließlich dazu führen, daß auch die arbeiterfeindlichsten Unternehmerorganisationen die Gewerkschaften als mitbestimmenden Faktor bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder anerkennen müssen.

Daß schon heute viele Unternehmer und Unternehmerorganisationen zu diesem Erkenntnis gekommen sind, zeigt die Zahl der Tarifverträge, die im Jahre 1910 am Schlusse der Lohnbewegungen, Streiks und Auspersungen abgeschlossen worden sind. Es werden 4398 Tarifverträge für 607023 Personen verzeichnet. 1909 waren es 1913 Verträge für 159628 Personen und 1907 wurden 1860 Verträge für 282948 Personen abgeschlossen.

Es sei jedoch bemerkt, daß diese Summe der Fälle, in denen es zum Tarifabschlusse kam, nicht gleichbedeutend ist mit der Zahl der tatsächlich abgeschlossenen Verträge. Da oftmals an Bewegungen, die zum Tarifabschlusse führen, mehrere Organisationen beteiligt sind, so können Doppelschlüsse der Tarife nicht vermieden werden. Es können solche auch für eine Organisation eintreten, wenn die gleiche Bewegung zum Teil mit und zum Teil ohne Arbeitseinstellung verläuft und es in beiden Fällen zum Tarifabschlusse kommt. Diese Doppelschlüsse lassen sich nicht hier, sondern nur in der Tarifstatistik, auscheiden. Im Berichtsjahre kam es zu Tarifabschlüssen, ohne daß eine Arbeitseinstellung vorherging: im Baugewerbe in 792 Fällen für 125229 Personen, in der Metallindustrie in 256 Fällen für 27452 Personen, in der graphischen Gewerbe und in der Papierindustrie in 44 Fällen für 7010 Personen, in der Holzindustrie in 323 Fällen für 69392 Personen, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie in 405 Fällen für 30374 Personen, in der Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie in 275 Fällen für 22769 Personen, im Handels- und Transportgewerbe in 345 Fällen für 22279 Personen, in sonstigen Berufen in 117 Fällen für 14395 Personen, zusammen 2557 Fälle und 318901 Personen. Am Schlusse eines Streiks oder einer Auspersung kam es in 1841 Fällen für 288123 Personen zur Vereinbarung eines Tarifs. Diese verteilen sich auf die einzelnen Industriezweige folgend: Baugewerbe 1360 Fälle 247155 Personen, Metallindustrie und Schiffbau 101 Fälle 7688 Personen, graphische Gewerbe und Papierindustrie 10 Fälle 1504 Personen, Holzindustrie 131 Fälle 10436 Personen, Nahrungs- und Genussmittelindustrie 43 Fälle 1623 Personen, Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie 141 Fälle 14547 Personen, Handels- und Transportgewerbe 55 Fälle 4233 Personen, sonstige Berufe 10 Fälle 937 Personen.

Auch bei den Tarifabschlüssen zeigt sich die gleiche Gesetzmäßigkeit wie bei den Resultaten der Bewegungen: Die Zahl der Fälle, in denen es ohne Arbeitseinstellung zum Tarifabschlusse kam, ist weit größer als die der Tarifabschlüsse, denen eine Arbeitseinstellung vorausging. Nur im Baugewerbe zeigt sich das umgekehrte Verhältnis. Hier kamen von 2142 Tarifabschlüssen für 372384 Personen 1350 für 247155 Personen erst nach einem Streik oder einer Auspersung zustande. Da die Auspersungen im Baugewerbe erfolgten, weil die Arbeiter den von den Unternehmerorganisationen vorgelegten Tarif nicht annehmen wollten, so konnte sich hier selbstverständlich kein anderes Resultat ergeben. Im allgemeinen zeigt aber auch diese Seite der Tarifstatistik, daß dank der Widerstandskraft der Gewerkschaften eine ständig wachsende Zahl von Unternehmern eine Verständigung mit den Arbeitgebern vorzieht, ohne daß erst das Machtmittel des Streiks oder der Auspersung angewandt werden muß. Es wäre aber verfehlt, hieraus schließen zu wollen, daß friedlichere Verhältnisse zwischen Arbeitern und Unternehmern im Wirtschaftsleben für die Zukunft zu erwarten seien. Es ist nicht nötig, auf Vorwommnisse in der Gewerkschaftsbewegung des Auslandes hinzuweisen, denn auch in Deutschland haben wir Beispiele dafür, daß ein Tarifabschlusse keineswegs einen dauernden Frieden in dem betreffenden Gewerbe garantiert. Wiederholt ist es trotz jahrelanger Tarifgemeinschaft zu hartnäckigen und langandauernden Kämpfen gekommen. Das ist als etwas aus der Natur der Sache sich Ergebendes anzusehen. Der Tarifabschlusse hebt nicht den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auf. Er ist nur eine Verständigung über die Arbeitsbedingungen für eine bestimmte Frist. Ist diese abgelaufen, so wird jede der beteiligten Organisationen prüfen, wie stark sie selbst ist und welche Stärke die Organisation des wirtschaftlichen Gegners hat. Nur wenn das Stärkeverhältnis ziemlich das gleiche ist, wird eine erneute Verständigung ohne vorherigen Kampf zustande kommen. Glaubt einer der beiden im Vertragsverhältnisse stehenden der Stärkere zu sein, so wird er versuchen, dem Gegner seine Bedingungen durch einen Kampf aufzuzwingen.

Die Organisations- und Familienverhältnisse der an Streiks und Auspersungen Beteiligten sind seit dem Jahre 1900 in der gewerkschaftlichen Statistik festgestellt worden. Es geschah dies deshalb, weil die Fragestellung in der amtlichen Statistik errieteten ließ, daß die Lösung dieser, den Nachweis zu führen, daß die Streiks von jugendlichen Arbeitern herbeigeführt werden, während die älteren Arbeiter keinen Anteil daran nehmen. Anders läßt es sich kaum erklären, daß in der amtlichen Statistik danach gefragt wird, wieviel der Streikenden unter 21 Jahre alt sind. Obgleich die amtliche Statistik selbst den Nachweis dafür erbracht hat,

daß diese Kalkulation eine irrtümliche war, wird doch in dieser Statistik Jahr für Jahr über den Prozentsatz, der die unter 21 Jahre alten Personen von der Gesamtzahl der Streikenden ausmacht, berichtet. Für 1910 werden von 156880 Streikenden 21004 = 14,1 Proz. als im Alter von unter 21 Jahren stehend ausgewiesen. In den früheren Jahren war das Verhältnis nach den amtlichen Berichten ein ähnliches. Damit wird sich allerdings nicht beweisen lassen, was man hoffte durch die amtliche Statistik beweisen zu können. Aber selbst wenn sich eine größere Anteilnahme an den Streiks von Personen unter 21 Jahren ergeben würde, könnten die diesbezüglichen Angaben der amtlichen Statistik nicht gegen die Gewerkschaften und die von ihnen geführten wirtschaftlichen Kämpfe verwertet werden. Nachgewiesenermaßen sind die hauptsächlichsten Angaben der amtlichen Statistik unrichtig und unzulänglich. Mag auch von den Polizeibehörden, die dem Statistischen Amte das Material zu liefern haben, der kriminellen Seite der Statistik eine größere Bedeutung beigemessen werden als der volkswirtschaftlichen, so ist doch nicht anzunehmen, daß es ihnen gelingen sollte, gerade hier zuverlässiges Material zu beschaffen.

Demgegenüber wird seitens der Gewerkschaften festgestellt, wie viele der Streikenden verheiratet sind, denn dieses Moment dürfte bei der Beurteilung der Sache wichtiger sein, als die Altersangabe der Streikenden. Die Unverheirateten werden, weil sie schließlich nur für ihre Person verantwortlich sind, leichter zum Streik greifen, als Personen, die für Weib und Kind verantwortlich sind. Auch wenn das erwähnte amtliche Material überzeugungskräftiger wäre, als es ist, würde es gegenüber dem von den Gewerkschaften beigebrachten nicht standhalten können. Vor allem aber bietet das letztere die größere Gewähr der Zuverlässigkeit. Die Gewerkschaften müssen in den Streitfällen die Verheirateten besonders verzeichnen, weil für diese höhere Unterhaltungen gezahlt werden als für die Ledigen. Die gewerkschaftliche Statistik weist nun für das Jahr 1910 das folgende aus: Von den an Streiks und Auspersungen beteiligten 369011 Personen waren 310711 in die Statistiken eingetragen. Nur über diese, die am Streikorte bleiben und die Unterstützung der Organisation in Anspruch nehmen wollten, können nähere Angaben gemacht werden. Von ihnen waren 177374 männliche und 4197 weibliche, zusammen 181571 oder 58 Proz. der in den Statistiken Eingetragenen verheiratet. Sie hatten insgesamt für 327882 Kinder unter 14 Jahren zu sorgen. Was will es demgegenüber belegen, wenn die amtliche Statistik auch beweisen sollte, daß ein größerer Teil der Streikenden unter 21 Jahre alt ist. Die Gewerkschaften halten eine Feststellung hierüber in ihrer Statistik für überflüssig. Es dürfte, wenn sie erfolgen würde, das Material wohl zu einer Korrektur der amtlichen Angaben führen. Überdies sind die Kinder der Streikenden lange vor dem 21. Lebensjahre zum selbständigen Erwerb genötigt und werden zur Sicherstellung herangezogen. Dann kann man ihnen doch auf der anderen Seite nicht das Recht bestreiten, eventuell durch eine Arbeitseinstellung den Wert ihrer Arbeitskraft zu erhöhen.

Die Feststellungen über die Organisationszugehörigkeit der Streikenden und Ausgesperrten bieten zu Rückschlüssen auf den Ausgang der Gesamtzahl der Kämpfe kein geeignetes Material. Wohl würde sich bei den einzelnen Streiks und Auspersungen prüfen lassen, ob ein ungünstiger Ausgang bereits zurückzuführen ist, daß die Beteiligten nicht in genügender Zahl organisiert waren oder zu spät zur Organisation kamen, um in dieser Ausreichend für den Kampf geschult werden zu können. Im Gesamtbilde der wirtschaftlichen Kämpfe wäre eine diesbezügliche Bewertung des Materials verfehlt. Hier ist es nur insofern von Interesse, als es erweisen kann, ob eine Besserung in bezug auf die Organisationszugehörigkeit der Streikenden und Ausgesperrten eingetreten ist. Für 1910 ist nachgewiesen, daß von den 310711 in die Statistiken Eingetragenen 271977 männliche und 15636 weibliche, zusammen 287613 bei Beginn des Kampfes der Organisation angehörten. Sechs Monate vor Beginn des Kampfes waren von diesen 227986 männliche und 7215 weibliche, zusammen 235201 organisiert. Das ist gegenüber den Vorjahren ein recht günstiges Verhältnis, doch dürften die Auspersungen im Baugewerbe, in der Holz- und Metallindustrie, die eine große Zahl Organisierter betrafen, hierbei von wesentlichem Einflusse gewesen sein.

Das Gesamtergebnis der wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1910 kann als ein befriedigendes, wenn auch noch lange nicht als ein ausreichendes bezeichnet werden. Das Prozentverhältnis der mit vollem Erfolge für die Arbeiter beendeten Angriffe und Abwehrstreiks geht weit über den Durchschnitt hinaus. Bei ersterem ist der Durchschnitt für die Jahre 1890—1910 52,6 Proz., für die letzteren von 1900 bis 1910 52,3 Proz. Im Jahre 1910 aber waren 62,2 Proz. der Angriffsstreiks und 62,1 Proz. der Abwehrstreiks erfolgreich. Von den Auspersungen endeten 1910 mit vollem Erfolge für die Arbeiter 31,1 Proz., während es 1909 41,3 Proz. waren, und im Durchschnitt 1900—1910 von den Auspersungen 29,9 Proz. den Arbeitern vollen Erfolg brachten. Dagegen wurde teilweise Erfolg bei 60,5 Proz. der Auspersungen für die Arbeiter erreicht, während von 1900 bis 1910 nur 40,1 Prozent, und 1909 nur 15,5 Proz. diesen Ausgang zeigten. Auch hier wird das Gesamtergebnis durch die Auspersungen im Baugewerbe beeinflusst. Arbeitseinstellung wurde für eine größere Zahl von Personen herbeigeführt, als in einem der Jahre bis 1905 zurück, doch steht die Summe der Stunden, um welche die Arbeitszeit pro

Woche verkürzt wurde, hinter der im Jahre 1906 erreicht wurde. In diesem betrug sie 1238725, für 1910 nur 766564. Dagegen wurde an Lohnhöhung sowohl bezüglich der Zahl der Personen als auch in der gesamten Lohnsumme im letzten Jahre mehr erreicht, als in den Vorjahren bis 1905. Sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, deren Schilderung im einzelnen zu weit führen würde, wurden 1910 in 3843 Fällen für 491835 Personen erreicht. Hier steht die Zahl der Fälle wie auch die der Personen hinter denen von 1906 und 1907 zurück, doch kommen diese Bewegungen, so wichtig sie auch für die unmittelbar Beteiligten sein mögen, bei Beurteilung des Gesamtergebnisses erst in zweiter Linie in Betracht, während Arbeitseinstellung und Lohnhöhung sowie auch die Abwehr von Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung des Lohns für die gewerkschaftliche Bewegung von größter Wichtigkeit und bei den gegenwärtigen Lebensbedingungen dringend geboten sind. Hat im Berichtsjahre nach dieser Richtung nicht genügend erreicht werden können, so bringt hoffentlich das Jahr 1911 weitere Fortschritte, denn die kurze Spanne Zeit der günstigeren Wirtschaftskonjunktur sollte von der Arbeiterschaft ausgenutzt werden. Sie hat, wie die Vorkommnisse des letzten Jahres zeigen, ohnehin damit zu rechnen, durch Auspersungen in die Abwehr gedrängt zu werden. Hier, wie auch bei dem Angriff, ist Mühsung erforderlich, wenn Erfolg erzielt werden soll. Ist auch in den letzten Jahren ein erfreulicher Fortschritt darin zu konstatieren, so muß doch mit ganzer Kraft weiter für die Ausbreitung und finanzielle Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen gearbeitet werden, denn hiervon ist abhängig der Aufstieg der Arbeiterklasse zur höheren Lebenshaltung und damit zu höherer Kultur.

Korrespondenzen.

Berlin. In der am 1. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung hatten wir das Vergnügen, unsern zweiten Gausvorsitzer F. Vertram (Röln) kennen und schätzen zu lernen. Nachdem zwei Ufnahmen sowie die „Vereinsmitteilungen“ von der Versammlung erliebt waren, nahm Kollege Vertram das Wort zu seinem Vortrage: „Die Lage im Gewerbe und die Tarifrevision“. In einstündiger Referat verstand es Redner, von dem Jahre 1891 ab, in welchem die Verbandsmitglieder in den bewundernswürdigen Reunionskampf eintraten, bis zu dem heutigen Tarifabschlüssen ein interessantes und lehrreiches Bild zu geben. Der reiche Beifall und der Fortfall der Diskussion bewies das Einverständnis aller Anwesenden mit den gediegenen Ausführungen. Unter Verschiedenes kam die Milchwertuerung zur Sprache, es wurde betont, daß das Gewerkschaftsstatell in dieser Sache vollständig versagt habe. Von 260 Mitgliedern waren 124 erschienen. Jeder ausenblickliche Situation sollte es doch selbstverständliche Pflicht aller sein; regelmäßig und pünktlich in den Versammlungen zu erscheinen. Vom Ortsvereine hörte waren sechs Kollegen anwesend.

ch. Mainz. (Maschinenseher.) In unsern letzten Versammlung vom 1. Oktober wurde bei dem geschäftlichen Teil auch das Leipziger Wettessen zum Gegenstande der Erörterung gemacht. Aufgenommen wurde ein Kollege und ein anderer aus der Vereinigung ausgeschlossen. Der Vorsitzende hielt ein kurzes Referat über: „Der Werdegang der Linotype unter besonderer Berücksichtigung der Dreihüftstabenlinotype“. Er erklärte an Hand von Photographien diese neue Erfindung. Weiter zeigte der Vorsitzende die in den „Technischen Mitteilungen“ vom 1. September unter Hamburg besprochene Weiswolle, welche von den anwesenden Kollegen mit Interesse besichtigt wurde. In Anbetracht des Umstandes, daß mittags ein Ausflug des Vergnügungsvereins „Gutenberg“ stattfand, war die Versammlung nur von 18 Kollegen besucht.

r. München. (Maschinenseher.) Nach längerer Pause fand am 1. Oktober eine sehr gut besuchte Versammlung der Vereinigung statt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils wurden einige Fälle bekanntgegeben, die mit der Tarifrevision in Zusammenhang zu bringen waren, indem von Kollegen verlangt wurde, daß sie Faktoren in die Geheimnisse der Maschinen einweisen sollten, d. h. sie zu Maschinensehern auszubilden. Der damit verfolgte Zweck war ja zu durchsichtig, daß er nicht zu erlernen gewesen wäre. Weiter befaßte sich die Versammlung mit dem Leipziger Referat und nahm eine entsprechende Resolution einstimmig an.

Berlin. (Maschinenseher.) Inre eigentliche erst im Oktober fällige Monatsversammlung fand besonderer Umstände halber schon am 30. September statt. Leider war der Besuch nur ein schwacher zu nennen; vielleicht ist bei einigen Kollegen das schlechte Wetter oder die Furcht vor etwas Ungeheimem die Schuld gewesen. Nach Erledigung der „Geschäftlichen Mitteilungen“ wurde über die Feier des Stichtages beschlossen. Während wir unser Stichtagsfest sonst immer im November feierten, wurde diesmal der Antrag gestellt, auf Grund der jetzigen Verhältnisse in unserer Organisation das Fest zu verschieben, und zwar soll an Stelle dessen ein Wintervergnügen im Januar stattfinden. Unter Punkt „Tarifliches“ wies Kollege Keffel auf den in Nr. 112 des „Vorr.“ befindlichen Artikel „Von den Tarifverhandlungen“ hin und gab seiner Ansicht darüber Ausdruck; des ferneren berichtete er über die Verhältnisse der Kollegen in America. Einige Punkte, welche wir der Öffentlichkeit nicht preisgeben wollen und zwischen einigen Kollegen ausgetragen wurden, fanden ihre Erledigung. Den Kartellbericht gab Rich. Thormaann. Nachdem nur noch lokale Angelegen-

heiten von Seiten des Kartellvorstehenden zur Kenntnis gegeben wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Die Kollegen seien an dieser Stelle ermahnt, reger am Besammlungsleben teilzunehmen und sich jederzeit ihrer Pflicht als Verbandsmitglieber bewußt zu sein. Darin würde der Vorstand den besten Ansporn zu weiterer schaffensfreudiger Tätigkeit im Interesse der Mitglieder erblicken.

Rundschau.

Vor zwanzig Jahren! In der Nr. 118 des „Korr.“ vom 9. Oktober 1891 wird in protokollarischer Form über vier Sitzungen der Tarifkommission für Deutschlands Buchdrucker berichtet. Es geht daraus hervor, daß in den Verhandlungen für die damaligen zwölf Tarifkreise als Gehilfenvertreter die Kollegen S. Betsch (Berlin), R. Schliebs (Breslau), S. Fintbeiner (Frankfurt a. M.), Fr. Pirichy (Halle a. S.), Demuth (Hamburg), Gg. Klapproth (Hannover), Joh. Fahrnkopf (Karlsruhe), Fr. Schröder (Köln), O. Nibel (Leipzig), A. Kiefer (München), S. Woth (Stettin) und S. Trend (Stuttgart) teilnahmen, ferner als Vertreter des Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker (heutiger Verband) die Kollegen Döblin und Eifer sowie der Redakteur des „Korr.“ H. Wajch und als gehilfenseitige Schriftführer die Kollegen Giesler und Schöps aus Leipzig. Der erste Punkt der Tagesordnung: „Verichterstattung über die Tarifverhältnisse in den einzelnen Kreisen“, gab den Gehilfenvertretern Gelegenheit zu mannigfachen Klagen über mangelhafte Zustände in tariflicher Hinsicht; besonders die Vertreter der ehemaligen Kreise IV und VIII (heutige Kreise VI und II) können wenig oder fast gar nichts Erfreuliches berichten. Dort, wo Fortschritte zu verzeichnen waren, werden sie in der Hauptsache als Wirkung der „Stettiner Resolution“ bezeichnet. Jene Resolution bezeichnete es bekanntlich als dringend nötig, daß seitens der tariftreuen Prinzipale nur Gehilfen eingestellt würden, die nachweislich zu tarifmäßigen Bedingungen gearbeitet und die in Tarifdruckereien ausgelernt hatten. Bemerkenswert ist ferner, daß auch schon damals über eine unberichtigte Einmischung der politischen Arbeiterpresse in interne Buchdruckerangelegenheiten Klage geführt wurde. Denn der Bericht vom ersten Sitzungstage meldet, daß der Stuttgarter Gehilfenvertreter gegenüber einer Beschwerde von Prinzipalsseite sich dagegen verwehrte, daß er zu den Veranlassern des Verhaltens der „Tagwacht“ gerechnet werde. In der zweiten Sitzung fand eine Generaldebatte über die Urträge zum Tarife statt, wobei abwechselnd je ein Vertreter der beiden Parteien das Wort erhielt. In berebten Worten traten Trend, Klapproth, Döblin, Betsch, Nibel und Kiefer für die Gehilfenforderung auf Verkürzung der Arbeitszeit und eine angemessene Lohnverhöhung ein; aber alle Erwiderungen der Prinzipale ließen schon in der ersten Sitzung erkennen, daß sie ein gebundenes Mandat hatten und ganz besonders in der Arbeitszeitfrage auch nicht zu den geringsten Zugeständnissen bereit waren. Die dritte Sitzung brachte die Spezialberatung der Tarifanträge. Von Gehilfenseite wurde dabei von vornherein die Erklärung abgegeben, daß sie keine andre Lohnverhöhung anstrebten, sondern nur die Dedung des Lohnausfalls, der durch die gewünschte Verkürzung der Arbeitszeit entstehe. Die ganze dritte Sitzung können wir übergehen. Es waren nur Vorpostenplänkchen. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung war der Brennpunkt, der bei Beratung des § 31 zur Debatte stand und in der vierten und fünften Sitzung zur Aufhebung der Karten auf Prinzipalsseite führte. In einer kleinen Sonderbeilage zu Nr. 118 des „Korr.“ wird mitgeteilt, daß, nachdem am Morgen des 8. Oktober die Tarifkommission zunächst nochmals zur Verhandlung des § 31 (Arbeitszeit) zusammengetreten war, die Prinzipalsvertreter sich abermals zu einer kurzen Besprechung unter sich zurückzogen und dann durch den Prinzipalsvertreter Klühhard eine Erklärung zur Verlesung bringen ließen, wonach die Prinzipale eine 7 1/2-prozentige Lohnverhöhung zugestehen, aber hinsichtlich der Arbeitszeit und Lokalzuschläge keine Zugeständnisse machen könnten. Und dann folgt der lapidare Satz: „Die Verhandlungen werden unter ablehnendem Verhalten der Gehilfenvertreter fortgesetzt.“ Wie diese sonderbaren Worte zu verstehen und zu würdigen sind, wird uns eine letzte Reminiszenz in der nächsten Nummer zeigen.

Ferien! In Leipzig bewilligte die Buchdruckerei von G. Freytag aus Anlaß ihres 100-jährigen Bestehens ihrem Personal einen jährlichen Erholungsurlaub nach folgenden Bedingungen: nach dreijähriger Beschäftigung drei Tage, nach weiteren zwei Jahren vier Tage, steigend bis zu einer Woche. In den Genuß dieser Vergünstigung treten fast sämtliche Angehörige des Geschäfts.

Wegen mangelhafter Lehrlingsausbildung hatten sich in letzter Zeit gleich zwei Buchdruckereibesitzer vor dem Berliner Gewerbegericht zu verantworten. Ein Lehrling machte in der Klage gegen den Buchdruckereibesitzer Albert Reiber geltend, daß er in übermäßiger Weise geprügelt, ja geradezu mißhandelt worden sei und daß er bei seinen Lehrern nichts Neues lernen könne, weil die Voraussetzungen zu einer sachgemäßen Ausbildung nicht gegeben seien. Er forderte, daß der Lehrling in die bereits vollzogene Lösung des Lehrverhältnisses willige und ihm bis zur Annahme einer neuen Lehrstelle pro Woche 8 Mk. zahlen soll. Das Gewerbegericht kam auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme zu der Ansicht, daß der Kläger von dem Beklagten zwar nicht übermäßig schlecht behandelt worden

sei, daß es aber der Beklagte an der nötigen Ausbildung habe fehlen lassen. Der Beklagte selbst habe sich gemeigert, den Kläger zu unterweisen. Unter diesen Umständen habe dem Jungen nicht mehr zugemutet werden können, noch länger zu bleiben. Die Lösung des Lehrverhältnisses sei zu Recht erfolgt. Nur in bezug auf die Höhe der Schadenersatzforderung wies das Gericht vom Klagenpruch ab. Es setzte den dem Kläger zu ersetzenden Schaden auf 100 Mk. fest. — In einem andern Falle wurde der Buchdruckereibesitzer Weinberg von einem früheren Lehrlinge verklagt. Auch hier beschwerte sich der Lehrling über den Mangel einer sachgemäßen Ausbildung. Der jetzige Lehrling und dessen Obergemeinmeister befanden übereinstimmend, daß der Kläger, der bereits 3 1/2 Jahre gelernt hat, noch außerordentlich weit zurück liege. Die Arbeiten, die er verrichten kann, seien nur Hilfsarbeiten. Selbständig zu arbeiten sei er nicht in der Lage. Der Beklagte gab daran der Beschränktheit des Lehrlings die Schuld; er habe sich die größte Mühe gegeben, dem Jungen etwas beizubringen. Die dem Gerichte von ihm vorgelegten Ergänznisse zeigten, daß in dem Betrieb auch ein Stück guter Arbeit geleistet wird. Der jetzige Lehrling des Klägers gibt zu, daß dieser wohl nicht einer der intelligentesten Menschen sei, ist aber der Meinung, daß dieser Umstand an der Zurückgebliebenheit nicht die Schuld trage. Denn der Junge zeige sich bei ihm ganz anständig. Der Maschinenmeister, der jetzt den Kläger zu unterweisen hat, habe nicht gefunden, daß dieser beschränkt sei. Das Gericht hielt den Beklagten nicht ganz frei von aller Schuld, denn die Ausbildung sei nicht so gewesen, wie sie sein sollte. Sie war mangelhaft. Andererseits trage auch der Lehrling selbst einen Teil der Schuld, da er sich nicht die gehörige Mühe gegeben habe, um etwas Ordentliches zu lernen. Das Gericht setzte den vom dem Beklagten zu ersetzenden Schaden auf 60 Mk. fest.

Aus der Fröhlichkeit der Buchdruckerkunst finden sich in einem Fragmente zu dem Buche „Das alteutsche Handwerk“, von Moriz Heyne aus Jena, nachstehende interessante Mitteilungen: Daß der Schriftgießerei und Buchdruckerei ein lange vorher geübtes Druckverfahren mittels Platten, Holz-, Metall- und Zeugdruck vorausging, ist allgemein bekannt. Die Briefmalerei des fünfzehnten Jahrhunderts erschien auch als Briefdrucker und Formenschnitzer, welche auf mechanischem Wege Bilder ohne und mit Schrift sowie die seit dem vierzehnten Jahrhundert auch in Deutschland bekannten Spielarten fertigten. Die durch Gutenberg erfundene, mit Hilfe seiner Geschäftsteilhaber Faust und Schöffer verbesserte Schriftgießerei und die daran sich anschließende Druckerkunst mit metallenen Einzeltypen breitete sich noch bei Lebzeiten Gutenbergs (er starb vor dem 2. Februar 1468) nicht nur in Deutschland, sondern auch in den angrenzenden Ländern aus und, benutzte in einer Reihe von geistig bedeutenden Orten die Gründung von Offizinen durch wissenschaftlich gebildete Männer, die sich der neuen Kunst zu geschäftlichem Betriebe bemächtigten; wie denn der Magister Andreas Fejner aus Wunsiedel, der im Jahre 1479 als Professor der Theologie nach Leipzig berufen wurde, seine 1478 zu Nürnberg angelegte Druckerei nach der Stadt seiner Berufung nahm und daselbst weiter druckte und drucken ließ. Die Männer, die unter Leitung solcher Druckherren arbeiteten, Typenschnneider, Gießer, Drucker und Sezer sowie Korrektoren, waren genau so wie jene wissenschaftlich gebildet, oft geistlichen Standes, wie wir auch bei geistlichen Korporationen Offizinen im 15. Jahrhundert eingerichtet sehen; aus Quellen der Zeit erfahren wir, daß verdorbene Studenten häufig die Druckerei als letzten Rettungsanker ergriffen, wie es z. B. in Brants Narrenschiff heißt: „So sind wir (Studenten) zu Lyps, Euford, Wren, zu Heibelberg, Meing, Wesel gestanden, kamen zu letzt doch beyrn mit schanden. das gelt das ist verzert do, der truckery sint wir hann froh.“ War Zeit und Gelegenheit günstig, so konnte sich ein solcher Student leicht mit dem schnell in Blüte gekommenen und einträglichen neuen Gewerbe wieder aufhelfen und sich selbständig machen, wozu wenig gehörte. Das zum Betrieb einer Druckerei nötige Material und Handwerkzeug, einschließlich der einfachen, von Hand bewegten Druckpresse, fand bequem auf einem Wagen Platz, der nach einer Stadt, wo ausreichende Beschäftigung zu hoffen war, gefahren wurde; und versagte der gewählte Ort, so fand sich ebenso leicht ein anderer. Auf diese Weise wird das Drucken in seiner ersten Zeit zu einem Wandergewerbe, noch ohne feste Organisation. Auch das Entstehen als Geselle und die Ausbildung als Lehrling vollzieht sich erst nach dem hier zu schildernenden Zeitraum in zunehmender Ordnung und in Formen, die in wesentlichen Stücken von andern Handwerken abstecken und zeigen sollen, daß man sich als zu den Gelehrten gehörig betrachtet; namentlich die Losprechung eines Lehrlings bietet viel Ähnliches zur akademischen Deposition. Als technische Bezeichnung für die Kunst scheint das Verbum „drucken“ bald nach ihrer Erfindung allgemein üblich gewesen zu sein, hergenommen von den hauptsächlichsten und am meisten in die Augen fallenden Teile des Verfahrens mittels der Handpresse. Der Ausdruck Buchdrucker ist 1478 schon bezeugt. In dem Schirmbriefe des Pfalzgrafen Philipp bei Rhein für Peter Schöffer vom 1. März 1478 wird dieser als Peter Schöffer von Wernsheim, buchdrucker zu Meing, sein Gewerbe aber als Kaufmannschaft bezeichnet.

Auf der Suche nach vier Redakteuren ist die Verwaltung der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart. Es wird ein leitender politischer Redakteur, ein tüchtiger Feuilletonredakteur, der zugleich befähigt ist, an poli-

tischen Teile mitzuarbeiten, ein tüchtiger Redakteur für den württembergischen Teil und ein solcher für den lokalen (Stuttgarter) Teil gesucht. Bewerbungen sind unter Angabe der Gehaltsansprüche bis spätestens den 22. Oktober an Otto Wasner in Stuttgart, Hauptstätterstraße 96 II, Seitenbau, zu richten.

Gewerbegerichtswahlen in Leipzig-Land und Solingen, die vor einigen Tagen stattfanden, zeigten die sogenannten „Baterländischen“, „Nationalen“ und „Christlich-Sozialen“ in einer für die von ihnen großmütig in Anspruch genommenen staatsverhaltenden Bestrebungen geradezu lächerlichen Pose. Denn in Leipzig-Land wurde die Wahl nach dem von den „nationalen“ Arbeitern gewünschten Verhältnisssysteme vorgenommen und hatte für die freien Gewerkschaften den Erfolg, daß sie die Hälfte der Unternehmer- und neun Zehntel der Arbeiterstimme gewannen. Auf die Liste des Gewerkschaftsrates entfielen 5790 Stimmen und auf die nationale Liste nur 237. Wisler hatten die Arbeiter gar keinen Unternehmerrhyth, jezt deren fünf. — Im unteren Teile des Kreises Solingen hatten die freien Gewerkschaften bis jezt nur zwei Sitze der Arbeitnehmer und jezt gelang es ihnen, noch drei dazu zu erobern. Sie brachten es auf 493 Stimmen und die Christlich-Sozialen auf nur 176, trotzdem gerade in diesem Teile des Kreises Solingen die Zentrumspartei dominiert.

Von einem Arbeitswilligen erschossen wurde in Duisburg ein Sagenarbeiter. Ohne irgendwelche Ursache zog der Streikbrecher den Revolver und schoß den ihm entgegenkommenden Arbeiter über den Haufen.

Die „Deutsche Krankenunterstützungskasse E. S.“ zu Bochum wurde auf Antrag der Polizeiverwaltung behördlich geschlossen. Damit wurde wieder einer zweifelhaften Kasse das Handwerk gelegt.

Richterliche Befehrling über den Hinweis auf Streikbrecher. Weil ein Dachbedergeresse einem Meister auf Anfrage mitteilte, daß die Sperre über sein Geschäft sofort aufgehoben würde, wenn er einen bei ihm beschäftigten Streikbrecher, den er noch näher mit Namen bezeichnete, entlasse, wurde er wegen Befehlsübung durch den Ausbund Streikbrecher verurteilt. Er wurde zu einem Tage Gefängnis verurteilt. In der Begründung bemerkte der Gerichtsvorsitzende, daß dem Angeklagten der Schutz des § 193 hätte zugestimmt werden müssen, wenn die Bemerkung etwa gelautet hätte: „Schiden Sie den Wohlbiere weg, der hat wiederholt den Streik gebrochen.“ So aber habe er das verpönte Wort „Streikbrecher“ gebraucht und darum habe er verurteilt werden müssen.

Eine beachtenswerte Bitte des Zentralverbandes der Fleischer. Sehr schwer ist dem Zentralverbande der Fleischer die Agitations- und Organisationsarbeit gemacht. Die Unternehmer, Wurstfabrikanten wie Fleischermeister sehen alles daran, um bei den Gesellen die Ansicht aufrecht zu erhalten, daß die Gesellenszeit nur eine Durchgangsstation ist, daß jeder nach kurzer Gesellenszeit Meister wird. Durch die ausgedehnte Arbeitszeit und den Mangel an fast jeder geistigen Nahrung (im Hause des Meisters erhalten sie nur die Meisterzeitungen), hat sich in den Gesellen der Glaube an baldige Selbstständigkeit so festgesetzt, daß sie von der vollständigen Interessenharmonie fest überzeugt sind. Sie glauben dem Gebete der Meister, der Organisation gegenüber verhalten sie sich passiv. Die Entwicklung des Berufs zeigt aber, daß nicht einmal mehr der sechste Teil der Gesellen selbständig werden kann. Um jedem die Selbstständigkeit zu ermöglichen, müßten sich heute siebenmal soviel Gesellen selbständig machen können als Anfang der 70er Jahre geschah. Da die Bevölkerung sich seit der Zeit nur veränderlich verhalten hat, ist dieses ein Ding der Unmöglichkeit. Da die Zahl der Lehrlinge fortwährend steigt, sind junge Gesellen stets vorhanden (über 7000 lernen pro Jahr aus), ältere Gesellen werden fast gar nicht beschäftigt, so müssen die Gesellen, die heiraten wollen, den Beruf aufgeben. Der Zentralverband der Fleischer hat schon Breche in diese rückständigen Verhältnisse gelegt. Die Unternehmer haben bereits als Gegennahme einen Arbeitgeberverband gegründet. Nicht genug damit, haben sie auch zum Mittel der gelben Organisation gegriffen. Ausgehaltene Individuen haben sich genügend zu dieser Sache gefunden. Da ein großer Teil dieser dem gelben nationalen Arbeiterverband angehört, muß jeder Arbeiter das größte Interesse daran haben, daß die Fleischergehilfen dem Zentralverbande der Fleischer zugeführt werden. Wer mit einem Fleischergehilfen zusammenkommt, als Verwandter, Freund, Hausbewohner oder sonstige Bekanntschaft, fordere ihn immer wieder auf, sich dem Zentralverbande der Fleischer anzuschließen. Auch diese Arbeiterführung muß der Kultur zugeführt werden, der Segen tüchtiger Arbeitszeit kann aber nur mit der Organisation erlangt werden.

Die Rentner organisieren sich. Unter dieser Stichmarke bringt die „Deutsche Kultur“ folgende tief-sinnige Gegenwartsnotiz: „Dies ist das erste Ungeheuer, daß sie für ihre arbeitslosen Einkünfte zu fürchten anfangen. Die Fideikommissherren haben sich bereits korporativ zusammengeschlossen.“ Die Haus- und Grundbesitzer sind längst organisiert und fühlen sich zumest als solche, während sie doch gewiß in der Mehrzahl auch nebenbei mit zu den produktiven Ständen gehören. Nun fehlt nur noch der Berufsverein der Bodenbesitzer und die Berufsmacher. Jezt wird es Zeit, daß sich demgegenüber über eine große Bund aller Werteschaffer, also der Arbeiter, Unternehmer und Beamten bilde. Dann kann

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 10. Oktober 1911.

Redaktionschiff: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 116.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

die reinliche Scheidung in vom fremden Arbeitsertrage lebende Rentner und in vom vollen eignen Arbeitsertrage lebende Schaffer vor sich sehen." Wir sind der Ansicht, daß die Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe in Verbindung mit dem Organisationsvertrag einen wertvollen Versuch eines solchen Bundes der Werteschaffer darstellt.

Verschiedene Eingänge.

"Schweizer Graphische Mitteilungen." Halbmonatsschrift für das graphische Kunstgewerbe. Herausgegeben von August Müller in St. Gallen. 30. Jahrgang, Heft 2. Abonnementpreis 4,50 Mk. pro Halbjahr. "Die Zeits." Literarische Zeitung für das deutsche Volk. Herausgegeben von Theodor Egel und Georg Muschner. Heft 38-40. Erscheint jeden Sonnabend. Die Geschäftsstelle der "Zeits.", München, Rindermarkt 10, versendet an alle, die es wünschen, gratis und franco Probeummern.

"Statistische Schönfärberei im Dienste des chemischen Kapitals." Die Schrift behandelt den neuesten Versuch des Unternehmertums der chemischen Industrie, die Öffentlichkeit über die Gefahren der chemischen Industrie irrezuführen und erbringt den unüberleglichen Beweis, daß die von den Unternehmern angenommene und veröffentlichte Krankenstatistik ein durch und durch tendenziöses Machwerk ist. Das Heftchen wird vom Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands herausgegeben.

"Die Wertzuwachssteuer." Reichsgesetz vom 14. Februar 1911. Von Albert Siebelum. Vereinsausgabe 40 Pf. Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW.

"Bodenreform." Organ der Bodenreformer. Erscheint am 1. und 20. jeden Monats. Heft 19. 22. Jahrgang.

"Für Alle Welt." illustrierte Zeitschrift. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin. XVIII. Jahrgang, Heft 2-4. Preis 40 Pf.

Briefkasten.

"A. in Buzern." 1. Für Zuwendung besten Dank. 2. Die Selbstmord nicht ausbleiben. 3. Grüßte, B. in Sittigart: Zu spät, wie Sie inzwischen gesehen haben werden.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt VI, 11914.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einsendung der Statistikarten über die Arbeitslosigkeit im III. Quartale 1911: 13. Oktober, pünktlich einzuhalten, da spätere Eingänge unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden können, auch wolle man vor der Ausfüllung der Karten die im "Mittagblatt" Seite 11, Ziffer 20, gegebene Anleitung nachlesen, damit Unrichtigkeiten vermieden werden. Von Orten, in denen Arbeitslose nicht vorhanden waren, sind trotzdem die Karten mit Angabe der Mitgliederzahl einzusenden, um das Prozentverhältnis der Arbeitslosen zur Gesamtmitgliederzahl genau feststellen zu können.

Berlin.

Die Hauptverwaltung.

Wir ersuchen die verehrlichen Funktionäre um Angabe der Adresse des Maschinenmeisters Max Wulff (Gautbuchnummer 26694), geb. in Hamburg am 12. März 1879. Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Bezirk Potsdam. Die für den 8. Oktober in Berlin, "Berliner Klubhaus", Dönhofsplatz 2, angesetzte Versammlung findet erst am 15. Oktober, vormittags pünktlich 10¹/₂ Uhr, in demselben Lokale statt.

Bezirk Reik. Umständehalber muß die für den 15. Oktober in Weisenseifen angesetzte Versammlung vertagt werden.

Essen. Der Drucker Joseph Hartmann (Hauptbuchnummer 12955) aus Erler, zugeht in Dortmund, wird ersucht, den Restbetrag des am 6. August erhaltenen Reisevorschlusses endlich einzusenden.

Königsberg i. Pr. Der Seher Paul Bud, zuletzt in Heinrichswalde (Pstpr.), wird aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen zu melden, andernfalls Ausschluß erfolgt.

Leipzig. Die Seher Willi Haring, geb. in Halle a. S. 1890, Otto Raug, geb. in Leipzig 1886, Otto Meyer, geb. in Leipzig-Gonnemitz 1885, Gustav Schneide, geb. in Leipzig 1882, Albert Zimmermann, geb. in Gedarsherga 1880, der Korrektor Richard Scheuering, geb. in Uden 1883, werden hierdurch aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen zu melden, andernfalls Antrag auf Ausschluß gestellt wird.

Meinungen. Um Mitteilung des Aufenthalts des Druckers Hans Knipping aus Siegen i. W. an Wilhelm Wesselmann, Schwabenberg 2/4, wird ersucht.

Abwesenveränderungen.

Adm. Gaudureau: Fernsprecher B 2060; Kassierer: Fritz Möller, Gereonshof 28 (Fernsprecher B 2060). Ludwigstift i. M. Wilhelm Kolbow, Klenower Straße 29 I.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigefügte Adresse zu richten):

In Vollenhain der Seher Karl Beckmeyer, geb. in Braunschweig 1873, ausgl. daf. 1892; war schon Mitglied. — Martin Schiple in Pirchberg i. Schl., Straußpiger Straße 24 I.

In Leipzig die Seher 1. Karl Damm, geb. in Dölau 1892, ausgl. in Halle a. S. 1911; 2. Richard Hammer, geb. in Siebenlehn 1893, ausgl. daf. 1911; 3. Karl Härtel, geb. in Zeitz 1890, ausgl. daf. 1908; 4. Heinrich Kiech, geb. in Großbößig 1870, ausgl. in Leipzig 1891; 5. Alfred Risse, geb. in Großenhain 1892, ausgl. in Esterwerda 1911; 6. Gustav Volkmann, geb. in Wab Steben 1890, ausgl. in Hof 1909; 7. Emil Paul Wolf, geb. in Wilschdorf 1891, ausgl. in Eppendorf 1910; 8. Jakob Baron, geb. in Brest-Lit. (Rußland) 1893, ausgl. daf. 1907; die Drucker 9. Richard Krepzig, geb. in Leipzig-Müden 1883, ausgl. in Leipzig 1902; 10. Richard Otto, geb. in Leipzig-Connewitz 1878; 11. der Graveur Otto Schwarzburger, geb. in Leipzig-Stöttterig 1866, ausgl. in Leipzig 1885; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 12. Wilhelm Wicking, geb. in Leipzig 1880, ausgl. daf. 1908; 13. Karl Oöhe, geb. in Ulpoda 1883, ausgl. daf. 1902; 14. Willi Hente, geb. in Lindenwalde 1889, ausgl. in Leipzig 1907; 15. der Drucker Artur Starke, geb. in Jßhorna 1888, ausgl. in Wurgun 1906; 16. der Galvanoplastiker Reinhold Ränge, geb. in Leipzig 1883, ausgl. daf. 1902; waren schon Mitglieder. — Karl Engelbrecht, Brüderstr. 9 I. In Rügen der Seher Alfred Wartel, geb. in Pegau i. S. 1886, ausgl. in Rügen 1904; war schon Mitglied. — G. Schwirtz in Reiz, Richterstraße 30 I.

In Riensburg (Wefer) der Maschinenseher Vertold Pomhof, geb. in Haspe i. W. 1834, ausgl. daf. 1902; war noch nicht Mitglied. — Fr. Felz in Verden (Aller), Bremer Chaußee 52 B.

In Tarnowitz der Seher Johann Diesch, geb. in Strebinow b. Gogolin 1887, ausgl. in Gleiwitz 1905; war schon Mitglied. — H. Wialas in Beuthen (O.-S.), Parallelstraße 12 I.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Bericht vom Monat August 1911.

a) Auf der Reise: übernommen vom vorhergehenden Monate 826 Mitglieder, aus Kondition kamen 263, aus gegenseitigen Vereinen 320 (226 Verbands- und 94 gegenseitige Mitglieder, und zwar aus Belgien 1 gegenf. Mitgl., aus Dänemark 14 Verb.- und 15 gegenf. Mitgl., aus Frankreich 7 Verb.- und 8 gegenf. Mitgl., aus Holland 6 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., aus Luxemburg 4 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., aus Österreich 158 Verb.- und 55 gegenf. Mitgl., aus Schweden 1 gegenf. Mitgl., aus der Schweiz 37 Verb.- und 12 gegenf. Mitgl.), aus konditionslosem Aufenthalt kamen 146, krank waren 20, zusammen 1575 Mitglieder (1362 Verb.- und 213 gegenf. Mitglieder, hierunter 1 Wosnier, 20 Dänen, 1 Finne, 1 Italiener, 7 Kroaten, 2 Lugemburger, 3 Norweger, 11 Österreicher, 1 Serbe, 9 Schweden, 23 Schweizer und 35 Ungarn). Von diesen auf der Reise befindlichen 1575 Mitgliedern hatten vorher geleistet: 1 bis 5 Beitr., 109 6-12 Beitr., 381 13-49 Beitr., 263 50-74 Beitr., 181 75-99 Beitr., 224 100-149 Beitr., 366 150-499 Beitr., 37 500-749 Beitr. und 13 Mitglieder 750 und mehr Beiträge. — Es traten wieder in Kondition 229 Mitglieder, gingen am Schlusse des Monats in das Gebiet gegenseitiger Vereine 308 (206 Verb.- und 97 gegenf. Mitglieder, und zwar nach Dänemark 10 Verb.- und 14 gegenf. Mitgl., nach Frankreich 1 gegenf. Mitgl., nach Holland 11 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., nach Luxemburg 4 Verb.- und 6 gegenf. Mitgl., nach Österreich 153 Verb.- und 68 gegenf. Mitgl., nach Schweden 1 gegenf. Mitgl., nach der Schweiz 28 Verb.- und 6 gegenf. Mitgl.), ferner 1 gegenf. Mitgl. nach Amerika, bei Schluß des Berichts verblieben konditionslos am Orte 189, krank wurden 13, ausgesteuert 1, zum Militär 1, der Nachweis fehlte bei 34, auf der Reise verblieben 810, zusammen 1575 Mitglieder, und zwar 1299 Seher, 313 Drucker, 8 Wiewer, 3 Stereotypure, 6 Galvanoplastiker und 1 Korrektor. Außerdem waren nach den Angaben der Reisekassenverwalter 33 Nichtbezugsberechtigte (darunter 6 Dr.) und 16 Ausgesteuerte (darunter 5 Dr.) auf der

Reise. — Es wurden vorausgabt: An 853 Mitglieder für 15439 Reisetage (grüne Leg.) a 1 Mk. = 15839 Mk., an 722 Mitglieder für 12273 Reisetage (weiße Leg.) a 1,50 Mark = 18409,50 Mk., an Porto 21,70 Mk., an Remuneration 583,30 Mk., in Summa 34855,50 Mk., hiervon 30681,50 Mk. an Verbands- und 4174 Mk. an gegenseitige Mitglieder, und zwar: 32 Mk. an Wosnier, 370,50 Mark an Dänen, 24 Mk. an Finnen, 6 Mk. an Italiener, 120,50 Mk. an Kroaten, 90 Mk. an Lugemburger, 49 Mk. an Norweger, 2044 Mk. an Österreicher, 18 Mk. an Serben, 193,50 Mk. an Schweden, 491,50 Mk. an Schweizer und 735 Mk. an Ungarn. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Reiseunterstützung gezahlt:

1911 an 1575 Mitgl.	28112 Tage =	34855,50 Mk.
1910 " 1772 "	33120 " =	41201,40 "

wenig. 1911 an 197 Mitgl. 5008 Tage = 6345,90 Mk.

b) Am Ort: übernommen vom vorhergehenden Monate 1975 Mitglieder, neu hinzugekommen 1970, zusammen 3945 Mitglieder; hiervon waren berechtigt 910 Mitglieder bis zu 70 Tagen, 2425 Mitglieder bis zu 140 Tagen, 390 Mitglieder bis zu 210 Tagen und 220 Mitglieder bis zu 280 Tagen. — Es traten wieder in Kondition 1707 Mitglieder, gingen auf die Reise 146, wurden krank 27, ausgesteuert 74 (wovon 58 mit 70 Tagen, 15 mit 140 Tagen und 1 mit 280 Unterfüßungstagen), zu einem anderen Verufe gingen 5, zu einer militärischen Übung 9, selbständig wurde 1, in Bezuge der Unterstützung verblieben am Schlusse des Monats 1976 Mitglieder, zusammen 3045 Mitglieder, und zwar 3194 Seher, 664 Drucker, 48 Gieger, 27 Stereotypure, 9 Galvanoplastiker und 3 Korrektoren. — Diese 3945 Mitglieder verteilten sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 246 (darunter München 128, Nürnberg 61), Berlin 1154, Dresden 191 (darunter Stadt Dresden 170), Elsaß-Lothringen 46 (darunter Straßburg 21), Erzgebirge-Bohland 65 (darunter Chemnitz 22), Frankfurt-Hessen 188 (darunter Frankfurt a. M. 104, Kassel 14), Hamburg-Altona 235, Hannover 131 (darunter Stadt Hannover 79, Braunschweig 22), Leipzig 314, Mecklenburg-Südb. 27, Mittelrhein 151 (darunter Mainz 38, Darmstadt 20, Speyer 16, Mannheim 16, Wiesbaden 17), Nordwest 57 (darunter Bremen 33), Oberrhein 60 (darunter Freiburg i. Br. 24, Karlsruhe 17), Ober 112 (darunter Potsdam 32, Stettin 29), Ostpreußen 45 (darunter Königsberg i. Pr. 25, Posen 20 (darunter Stadt Posen 12), Rheinland-Westfalen 339 (darunter Aachen 22, Barmen 18, Bielefeld 32, Düsseldorf 59, Elberfeld 14, Essen 26, Köln 47, Krefeld 17), An der Saale 175 (darunter Halle a. S. 38, Magdeburg 70, Halberstadt 14), Schlesien 162 (darunter Breslau 78, Gützig 12), Schleswig-Holstein 56 (darunter Kiel 30), Westpreußen 30 (darunter Danzig 21), Württemberg 101 (darunter Stuttgart 77). — Es wurden vorausgabt: An 910 Mitglieder für 14661 Tage a 1,50 Mk. = 21991,50 Mk. und an 3035 Mitglieder für 51467 Tage a 1,75 Mk. = 90067,25 Mk., in Summa 112058,75 Mk. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Ortsunterstützung gezahlt:

1911 an 3945 Mitgl.	66128 Tage =	112058,75 Mk.
1910 " 3940 "	66783 " =	113241,75 "

mehr 1911 an 5 Mitgl. — Tage = — Mk.
wenig. " " " 655 " = 1183, —

Die Ausgabe von 112058,75 Mk. verteilt sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 7217,50 Mk., Berlin 30859,50 Mk., Dresden 5296 Mk., Elsaß-Lothringen 1782,75 Mk., Erzgebirge-Bohland 1794 Mk., Frankfurt-Hessen 4288,75 Mk., Hamburg-Altona 7462 Mk., Hannover 4518,75 Mk., Leipzig 8662 Mk., Mecklenburg-Südb. 636,75 Mk., Mittelrhein 3334,25 Mk., Nordwest 1486 Mk., Oberrhein 1580,75 Mk., Ober 2956 Mk., Ostpreußen 2140,75 Mk., Ostpreußen 1456,25 Mk., Posen 507,75 Mk., Rheinland-Westfalen 11183 Mk., An der Saale 4705,25 Mk., Schlesien 4932,75 Mk., Schleswig-Holstein 1402,25 Mk., Westpreußen 735,25 Mk. und Württemberg 2550,50 Mk.

Insgesamt wurden auf der Reise und am Ort im Monate August

1911 an 5520 Mitgl.	94240 Tage =	146914,25 Mk.
1910 " 5712 "	99903 " =	154443,15 "

wenig. 1911 an 192 Mitgl. 5663 Tage = 7528,90 Mk. ausgezahlt. Nach der Anzahl der Tage (94240) sind daher 3040 Mitglieder (gegen 3222 Mitglieder im Vorjahre) den ganzen Monat August hindurch im Bezuge von Arbeitslosenunterstützung gewesen.

Versammlungskalender.

Gen. Maschinenmeisterversammlung Mittwoch, den 11. Oktober, abends 8¹/₂ Uhr in der "Goldenen Krone".
Habsburg. Versammlung Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8¹/₂ Uhr in "Eindenburg".

Tarifausschuss der Deutschen Buchdrucker. — Kreis I.

Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 10 Uhr, in Hannover, im großen Saale des „Konzertsaals“, an der Goethebrücke.

Kreisversammlung.

Tagesordnung: 1. Ergebnis der Tarifberatungen; 2. Diskussion.
R. Rosenbruch, erster Stellvertreter des Gehilfenkreisvertreter für den Tarifkreis I, Hannover, Delmoldstraße 11. [879]

Tarifkreis II (Rheinland-Westfalen und Birtensfeld).

Sonntag, den 15. Oktober, vormittags:

Kreisversammlung.

Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses.
Emil Albrecht, Gehilfenvertreter. [878]

Tarifkreis III.

Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im großen Saale des „Kaufmännischen Vereins“ zu Frankfurt a. M., Eichheimer Anlage 40/41:

Öffentliche Versammlung

der tariftreuen Gehilfen des Kreises III.

Tagesordnung: Berichterstattung von den Tarifberatungen. — Diskussion.
 Zu dieser Versammlung haben alle tariftreuen Gehilfen Zutritt. Auch können größere Druckorte sich durch Delegierte vertreten lassen.
 Zahlreichen Besuch erwartet. **Der Einberufer: Franz Porten**, Gehilfenvertreter.

Tarifkreis V (Bayern).

Sonntag, den 15. Oktober, vorm. 9 1/2 Uhr, in München, im „Münchner Kindskeller“, Rosenheimer Straße:

Allgemeine Buchdruckerversammlung.

Tagesordnung: 1. Das Ergebnis der Tarifberatungen. Referent: Kollege **Joseph Seib**; 2. Diskussion. [880]
Joseph Seib, Gehilfenvertreter des Kreises V, München.

Tarifkreis VII (Sachsen).

Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 11 Uhr, in Leipzig, „Alberthalle“:

Öffentliche Buchdruckerversammlung.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung von den Tarifberatungen. Referent: **H. Bogentz**; 2. Diskussion.
Adolf Bogentz, Gehilfenvertreter des Kreises VII. [881]

Tarifkreis X.

Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 11 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ in Hamburg:

Kreisversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses; 2. Diskussion.
 Das Erscheinen aller tariftreuen Gehilfen erwartet.
W. Dreier, Gehilfenvertreter des Kreises X. [884]

Für jede Druckerei Groß-Berlins

suchen zuverlässigen Kollegen, der sich für den Betrieb der äußerst gediegenen Monatschrift „**Typographische Rundschau**“ (Preis 75 Pf. vierteljährlich) interessiert.
Schäfer & Schumacher, Berlin W 30, Gleditschstraße 6 L. [873]

Ein Herr

an jedem Orte gesucht, welcher die Vertretung ersichtlich, Artikel übernimmt. Hoher Verdienst. Auskunft sofort kostenlos. [801]
Herrn Wolf, Zwickau (Sa.), Nordstraße 30.

Einotypsetzer

mit guten Maschinenkenntnissen für sofort in dauernde Stellung gesucht. Nähere Angaben mit Gehaltsansprüchen erbeten an die **Verbindungsdruckerei für Göttingen und Hng.**
 G. m. b. H., Göttingen (Niedersachsen). [875]

Fertigmacher und Hühnerhobler

an ecktes Arbeiten gewöhnt, für dauernde Stellung sofort gesucht.
Ludwig & Mayer, Schriftgießerei Frankfurt a. M. [872]

Komplett- und Handmaschinenzieher

an Rüstmannsche Maschinen in dauernde Stellung gesucht. [883]
Otto Weiser, Stuttgart
 Schriftgießerei und Messinglinienfabrik.

„Die Moderne Complatte“ gelangt Ende Oktober zum Versand. Preis 1,50 Mk. **Heinrich Rütman**, Rixdorf-Berlin, Rosaggar-Straße 47.

Das Zeichnen und Schneiden von Tonplatten. Für den modernen Buchdrucker ist die Kenntnis des Tonplattenschnittes unentbehrlich. Das billigste Mittel, sich hierüber aufzuklären, ist das 1,50 Mk. kostende Heft. **Julius Mäser** in Leipzig-R.

Gegen monatl. Teilzahlungen erhalten Verbandskollegen **Broschhaus' u. Meyers' Al. Konversationslexikon** u. andre größere Werke durch **H. Siegel**, München SO 7, Holzstr. 7. [865]

Achtung! Den werten Kollegen zur Aufmerksamkeit, daß ich meinen früheren Reisenden aus geschäftlichen Gründen entlassen habe. Mit kollegialen Grüßen **H. Mathäus**.

Nich. Härtels Bucherverband

(H. Siegel), München SO 7, Holzstraße 7. Fachliteratur, Werke, Musikalien u. Theaterstücke. Katalog unbedeutend und frei.
 Der Titelsatz, seine Entzückung und seine Grundzüge. Von H. Varnhagen. 1 Mk.
 Das Ausdrücken der Formen. Von H. Engelhardt. 1,50 Mk.
 Das Ausdrücken der Druckformen. Von H. Nietzhammer. 1 Mk.
 Der Inzeratensatz. Von G. Ede. Mit 208 Beispielen. 1 Mk.
 Der Satz und die Behandlung fremder Sprachen. Von H. Schöningh. 2 Mk.
 Der Tonplattenschnitt. Von J. Mäser. 2 Mk.
 Deutscher Buchdruckerkalender. Von Ludwig Reyer. 1 Mk.

Berlin.

Die Berliner Maschinenmeistervereinsversammlung findet nicht am Dienstag, den 10., sondern

Sonntag, den 22. Oktober

vormittags 10 1/2 Uhr, in den „Industriejäten“, Benthstr. 20, statt. Der Vorstand. **J. A.: E. Marann**. [883]

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Da sämtliche Billets zu der am Sonntag, den 15. Oktober, stattfindenden Aufführung vergriffen sind, findet eine

Verlosung der Plätze

nach Art der „Freien Volksbühne“ statt. — Kinder sind nur frei, sobald sie keinen eignen Platz beanspruchen.

Eine Wiederholung der Aufführung findet am

Sonnabend, den 11. November 1911, abends 8 1/2 Uhr, im selben Lokale statt. Billets sind von Montag, den 23. Oktober, an auf der Verwaltung und bei den Kassenboten zu haben. [871]

Berein der Stereotypenre und Galvanoplastiker von Hamburg-Altona und Umgegend.

Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Vereinlokale von Herrn **Gruntze**, Eroschkegasse:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Vereinsmitteilungen; Kassenbericht; Bericht des Vorstands. [884]

Schriftgießereireisender für Berlin.

Bedeutende Schriftgießerei sucht zum Besuche der Berliner Buchdrucker einen mit den Verhältnissen vertrauten, tüchtigen Fachmann. Derselbe muß Gewandtheit im Besetze mit der Kundschaft besitzen und an energisches und gewissenhaftes Arbeiten gewöhnt sein. Beste ausführende Angebote mit Referenzen erbeten: Postamt 97, Berlin, Postlagerkarte 21. [887]

Inzeratensetzer

(Südböhmer) mit mehrjähriger Praxis, an rasches, korrektes, und geschmackvolles Arbeiten gewöhnt, für dauernde gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen erbeten. **W. Niedermayer**, Rosenheim (Bayern). [866]

Zum 40jähr. Bestehen des Verbandes erschienen:
 Dichtung von **Willi Krahl**; komponiert von **A. Schwebert**.
Festhymne mit kleiner Orchester- oder auch Pianofortebegleitung.
Verbandshymne Verlag Radolf & Hille, Leipzig.

H. MATHAEUS DESSAU
 Flossergasse 46
 Katalog gratis u. fr.

Interzeichner Bittet diejenigen, welche über den Aufnahmestand des Buchdrucker **Hermann Stüdel** Auskunft geben können, um gefl. Nachricht. **Hirsch**, Hannover, Gravenstr. 4 II. [834]

Am 1. Oktober verschied nach langem Leiden im Alter von 56 Jahren unser wertvolles, langjähriges Mitglied **Georg Götz**. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Der Bezirk Darmstadt**. [869]

Am 29. September verstarb unser wertvolles Mitglied, der Setzer **William Greve** aus Altona im 40. Lebensjahre. [868] Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona**.

Ein Dokument vom Stande der graph. Künste ist jedes Heft der monatlich erscheinenden „**Typographischen Jahrbücher**“. Das am 20. Oktober zur Ausgabe gelangende

Saisonheft

bringt in bedeutend erweiterter Beilagenzahl eine Vorlagenauswahl, an welcher jeder Fachmann hohes typographisches Können sowohl als auch den ungemessen praktischen Wert der Beilagen erkennen und schätzen wird. Vier prächtige Mehrfarbendrucke zieren ferner das Saisonheft, während auch eine Preisauflage wiederum bei allen von Wissensdrang erfüllten Gehilfen lebhaftes Interesse finden wird. Der Einzelpreis des Saisonheftes beträgt 2 Mk. (Porto 30 Pf.) im Jahresabonnement kostet das Heft nur 60 Pf. ohne Porto. Jede Buchhandlung sowie der Verlag der „Typographischen Jahrbücher“ nehmen Bestellungen entgegen. [859]

Nachruf!

Am 4. Oktober verschied plötzlich infolge eines Schlaganfalls unser verehrter Chef; der Buchdruckerbesitzer Herr

Karl Döbler

im 52. Lebensjahre. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen humanen und gerechten Prinzipal, dem wir über das Grab hinaus ein ehrendes Andenken bewahren werden. Frankfurt a. M., den 6. Oktober 1911. [876] Das Personal der Firma August Weisbrod.